

WAHLPRÜFSTEIN 1

Landwirtschaft- Fördern

Aussage:

Deutschland steht **weltweit an dritter Stelle** bei den Agrarexporten und auch Agrarimporten (lt. Umweltbundesamt, Daten zur Umwelt, 2018). Sich in diesem internationalen Handel zu behaupten spielt für die konventionelle Landwirtschaft eine übergeordnete Rolle. Unsere Hohenloher Landwirte können mit den niedrigen Weltmarktpreisen kaum mithalten. Immer höhere Erträge bei immer niedrigeren Preisen und begrenzten Flächen – das ist schlecht für die Bauern. Die Politik des „Wachsen oder Weichen“ – besonders vom Bauernverband propagiert – und die fragliche Subventionspolitik der EU, hat schon zu viele Landwirte zum „Aufhören“ gezwungen oder in enorme Schuldenzwänge gebracht. Unsere Bauern erwarten vollkommen berechtigt klare und verlässliche Perspektiven!

Viele BürgerInnen wünschen sich gesunde Nahrungsmittel und zum Schutz der Umwelt eine Förderung der biologischen Landwirtschaft – auch zum Wohl der Landwirte.

Fakt:

Unsere Region „Nördlicher Landkreis SHA“ wird häufig als Keimzelle des biologisch-dynamischen und biologisch-organischen Anbaus in Deutschland bezeichnet. Viele der ältesten Demeter-Betriebe Deutschlands wirtschaften hier. Immer noch gibt es eine sehr große Dichte an Biobetrieben.

- Das erklärte Ziel der **Bio-Musterregion** ist: „Mehr Bio“ für und aus Baden-Württemberg bzw. für und aus unserer Region Hohenlohe.
- Das Ergebnis der **bisherigen Agrarpolitik** in Hohenlohe vor allem im nordöstlichen Teil des Landkreises SHA ist: enormes „Bauernsterben“, Bau zahlreicher Masttierställe für die industrielle Tierhaltung [bevorzugtes Bauen], extreme Tierdichte, Verschuldung, Landverknappung, massiver Anstieg der Pachtpreise, intensive Landnutzung, hoher Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln, Verlust von Kleinbiotopen, Hecken, Säumen, Brachflächen usw.

Fragen:

- (1) **Wie stehen Sie zur Bio-Musterregion-Hohenlohe?**
- (2) **Woran fehlt es Ihrer Meinung nach, damit aus der“ Bio-Musterregion“ eine „mustergültige Bio-Region“ wird? Durch welche Maßnahmen wollen Sie diese politisch fördern?**
- (3) **Wenn Sie es könnten: Wie würden Sie die Agrar-Subventionen an Ihre Hohenloher Bauern verteilen?**
- (4) **Wollen Sie sich dafür einsetzen, dass das Höfe-Sterben gestoppt wird?**

Antwort CDU Arnulf von Eyb (WK 21):

Sammelantwort zu Fragen 1-4:

Prinzipiell begrüße ich es, dass es 2019 gelungen ist, im zweiten Anlauf die landkreisübergreifende Bio-Musterregion Hohenlohe zu etablieren. Dies war sowohl aus politischen und ökonomischen aber auch aus ökologischen Gründen ein wichtiger Schritt. Einzelne Projekte können besser bekannt gemacht, vermarktet und gefördert werden, wenn es den Überbau der Musterregion gibt. Auch für das Image, den Bekanntheitsgrad und die touristische Attraktivität Hohenlohes ist die Musterregion ein Gewinn, auch wenn es in erster Linie um ein Bewusstsein für nachhaltige Denk- und Produktionsweisen und um neue Vermarktungspotentiale geht. Bei der Vermarktung der Marke „Hohenlohe“ sehe ich auch in diesem Zusammenhang noch Möglichkeiten der Optimierung und Ansatzpunkte für politische Förderung.

Eines ist mir in diesem Kontext aber besonders wichtig: Die ökologische Landwirtschaft darf nicht als Gegensatz zur konventionellen Landwirtschaft verstanden bzw. propagiert werden. Dagegen verwehre ich mich explizit. Beide Formen der Bewirtschaftung bzw. Tierhaltung sind auch zukünftig notwendig, haben ihre Existenzberechtigung und müssen den Landwirten ein vernünftiges Auskommen sichern. Es ist weder sinnvoll noch darstellbar, dass alle Bäuerinnen und Bauern auf „öko“ umsteigen. Manche Bürgerinnen und Bürger mögen sich dies anders wünschen, an der Realität unseres Konsumverhaltens und an betriebswirtschaftlichen bzw. marktinduzierten Sachzwängen geht ein solcher Wunsch aber schlichtweg vorbei. Der Mix aus verschiedenen Sparten und Branchen stellt m.E. das tragfähigste Modell für die Zukunft der Landwirtschaft dar. Von der lange Zeit propagierten absoluten Exportorientierung müssen wieder weg kommen, das schadet sowohl den Zielländern als auch der Landwirtschaft hier.

Den Verteilungsmodus der EU-Agrarsubventionen würde ich gerne ändern: Wenn es der Politik ernst ist, mit dem Wunsch, regionale kleinteilige Strukturen vor Ort zu erhalten, müssen die im europäischen Vergleich „kleinen“ bzw. mittleren Betriebe stärker gefördert werden als die Agro-Industrie.

Antwort CDU Isabell Rathgeb (WK 22):

Keine Antwort

Antwort FDP Uwe Wirkner (WK 21):

1) Wir Freie Demokraten setzen uns für ein gleichberechtigtes Nebeneinander von konventioneller und ökologischer Landwirtschaft ein, die Umweltverträglichkeit, Arten- und Tierschutz mit wirtschaftlichem Erfolg für die heimische Landwirtschaft verknüpft. Wir sind dankbar für die herausragende Arbeit aller Landwirte in unserer Region. Eine einseitige Bevorzugung und einen staatlich forcierten Ausbau des Ökolandbaus, der mit den Bio-Musterregionen erreicht werden soll, lehnen wir allerdings Freie Demokraten ab. Zu hohe Auflagen könnten für viele Familienbetriebe im Land das wirtschaftliche Aus bedeuten.

2) Wir Freie Demokraten wollen die unternehmerische Landwirtschaft stärken, indem wir Innovationen und Forschung fördern – sowohl im ökologischen wie auch im konventionellen Landbau. Notwendig sind machbare Lösungen entlang des technischen Fortschrittes. Statt Öko- und konventionelle Landwirtschaft gegeneinander auszuspielen, wollen wir die Vorteile beider Systeme kombinieren. Neue Züchtungsmethoden und moderne Pflanzenschutzmittel & Technik bringen Quali- und Quantität.

3) Ja, dafür treten wir Freie Demokraten mit allen Kräften ein. Viele Landwirtschaftsfamilien sind über Jahrhunderte in ihren Gemeinden verwurzelt und tragen entscheidend zum sozialen Leben im ländlichen Raum bei. Sie werden aber mit immer strengeren Vorschriften belastet, die kaum noch umsetzbar sind. Die Menschen wünschen sich eine bäuerliche, umweltschonende, nachhaltige Landwirtschaft und regionale Lebensmittel. Gleichzeitig kämpfen die Betriebe aber aufgrund der vorherrschenden Rahmenbedingungen um ihre Existenz. Wir haben ein katastrophales Höfesterben auf Rekordniveau. Der Strukturwandel entwickelt sich zum Strukturbruch, zu einer Welle der Vernichtung bäuerlicher Existenzen. Die Politik muss den Bauern genug Luft zum Atmen lassen und für ausreichend Beinfreiheit sorgen. Landwirte sind nicht der Prügelknabe der Nation - wir müssen endlich wieder mehr Respekt vor denen haben, die für unser täglich Brot sorgen. Dazu gehört, dass ambitionierte Ziele beim Klimaschutz im Dialog mit den Landwirten erarbeitet werden.

Antwort FDP Stephen Brauer (WK 22):

1) Wir Freie Demokraten setzen uns für ein gleichberechtigtes Nebeneinander von konventioneller und ökologischer Landwirtschaft ein, die Umweltverträglichkeit, Arten- und Tierschutz mit wirtschaftlichem Erfolg für die heimische Landwirtschaft verknüpft. Wir sind dankbar für die herausragende Arbeit aller Landwirte in unserer Region. Die Bio-Musterregion wurde durch das Engagement und die Unterstützung seitens der FDP-Kreistagsfraktion unterstützt. Zu hohe Auflagen könnten für viele Familienbetriebe im Land das wirtschaftliche Aus bedeuten.

2) Wir Freie Demokraten wollen die unternehmerische Landwirtschaft, und zwar die konventionelle Variante, als auch die Bio-Betrieb stärken. Und zwar indem wir Innovationen und Forschung fördern – sowohl im ökologischen wie auch im konventionellen Landbau. Notwendig sind machbare Lösungen entlang des technischen Fortschrittes. Statt Öko- und konventionelle Landwirtschaft gegeneinander auszuspielen, wollen wir die Vorteile beider Systeme kombinieren. Neue Züchtungsmethoden und moderne Pflanzenschutzmittel & Technik bringen Quali- und Quantität.

3)/4) Ja, wir wollen möglichst viele bäuerliche Betriebe erhalten, lehnen jedoch eine falsch verstandene Romantisierung ab. Wir betrachten die Fakten in Berlin und Brüssel. Viele Landwirtschaftsfamilien sind über Jahrhunderte in ihren Gemeinden verwurzelt und tragen entscheidend zum sozialen Leben im ländlichen Raum bei. Sie werden aber mit immer strengeren Vorschriften belastet, die kaum noch umsetzbar sind. Die Menschen wünschen sich eine bäuerliche, umweltschonende, nachhaltige Landwirtschaft und regionale Lebensmittel, für die eine Mehrzahl jedoch nicht immer bereit ist den entsprechenden Preis zu zahlen. Gleichzeitig kämpfen die Betriebe aber aufgrund der vorherrschenden Rahmenbedingungen um ihre Existenz. Wir haben ein katastrophales Höfesterben auf Rekordniveau, und zwar insbesondere in den letzten zehn Jahren. Der Strukturwandel entwickelt sich zum Strukturbruch, zu einer Welle der Vernichtung bäuerlicher Existenzen. Die Politik muss den Bauern genug Luft zum Atmen lassen und für ausreichend Beinfreiheit sorgen. Landwirte dürfen nicht zu den Prügelknabe der Nation abgestempelt werden. Wir müssen endlich wieder mehr Respekt vor denen haben, die für unser täglich Brot sorgen und unsere Kulturlandschaft erhalten. Dazu gehört, dass ambitionierte Ziele beim Klimaschutz im Dialog mit den Landwirten erarbeitet werden.

Antwort GRÜNE Catherine Kern (WK 21):

zu 1. Wir haben im Kreistag SHA der Biomusterregion und ihrer finanziellen Unterstützung im zweiten Anlauf zum Erfolg verholfen und unterstützen sie nach wie vor, wo es geht. Anja Frey, Mitglied in der Biomusterregion-Projektgruppe sitzt für uns im Kreistag

zu 2. Wir haben bei den Haushaltsberatungen für 2021 durch unseren Antrag die Zusage erhalten, dass die Kliniken und die Kantine des Landratsamtes am Landespilotprojekt zur Umstellung auf Regio- und Biolebensmittel teilnimmt

zu 3. Die Flächenprämie sollte z.B. zum Nutzen kleinbäuerlicher Betriebe auf entsprechende Betriebs- Maximalflächen von 100 / 200 ha begrenzt werden

Zu 3. Natürlich, s.o. (so würde es gehen plus ergänzende Maßnahmen (s.u.))

Antwort GRÜNE Jutta Niemann (WK 22):

1) Die Biomusterregionen sind ein weiterer wertvoller Schritt für mehr Öko-Landbau in Baden-Württemberg und damit für Artenvielfalt, Klimaschutz und Tierwohl. Sie sind ein konsequenter Schritt auf dem Weg, den Anteil der ökologischen Landwirtschaft wie beschlossen auf 30 bis 40 Prozent im Jahr 2030 zu erhöhen.

- 2) In einer zunehmend komplexen und technologisch vernetzten Gesellschaft spielt die enge Kooperation zwischen wissenschaftlicher Forschung an den Hochschulen und gesellschaftlichen Akteur*innen für die Weiterentwicklung des Öko-Landbaus eine zentrale Rolle. Dies gilt es zu stärken.
- 3) Die Agrarsubventionen sollten generell und konsequent an Nachhaltigkeitskriterien ausgerichtet werden.
- 4) Ja, natürlich. Wir werden eine Strategie erarbeiten, um die Hofnachfolge vor allem auf kleineren und Nebenerwerbsbetrieben zu unterstützen – insbesondere durch Beratung. So wollen wir dem Höfesterben entgegenwirken.

Antwort KLIMALISTE Markus Damson (WK 22):

1. Ich finde das Engagement vorbildlich und schützenswert. Danke für die Arbeit und den Poniergeist. Nachhaltige Landwirtschaft ist unsere Lebensgrundlage und einzig mögliche Bewirtschaftungsform der Zukunft. Die industrielle Tierhaltung ist alles andere als nachhaltig und muss rasch reduziert werden.
2. Bessere Vernetzung mit Lebensmittelhändlern, Dorfläden zur regionalen Vermarktung. Unterstützung für Hofläden zur Direktvermarktung, Gutes Geld für gute Lebensmittel.
3. Erzeugung von Bio-Getreide, -Gemüse, -Obst und -Fleisch wird gefördert. Das Überleben der kleinen Höfe muss gesichert werden. Landwirtschaft im Einklang mit der Natur.
4. ja - verbunden mit dem Bekenntnis zu Umwelt- und Artenschutz.

Antwort LINKE Simon Brecht (WK 21):

- (1) Die Bio-Musterregion-Hohenlohe führt bereits seit mehreren Jahren wichtige Projekte im Bereich der nachhaltigen Landwirtschaft durch. Um von Massentierhaltung und ähnlichem weg zu kommen, ist dies ein wichtiger und erfolgreicher Ansatz. Das Land Baden-Württemberg muss die Bio-Musterregion und die dahinter stehenden Landkreise jedoch auch weiterhin und verstärkt finanziell unterstützen, sodass noch mehr Landwirten der Umstieg auf eine nachhaltige Bewirtschaftung ermöglicht wird.
- (2) Grundsätzlich muss es eine konkrete Anreizstruktur für Landwirte geben, um auf 100 % ökologische und nachhaltige Bewirtschaftung umzustellen. Großunternehmen, die Massentierhaltung betreiben, schaden der Region und ihrer Umwelt langfristig. Im Fokus der Politik sollten also kleine und mittlere Betriebe stehen, die in der Lage sind, die Menschen mit regional erzeugten und gesunden Lebensmitteln zu versorgen. Diese Entwicklung passiert nicht von heute auf morgen, aber die Schritte dazu müssen ergriffen werden.
- (3) Aktuell werden die Subventionen bekanntermaßen nach der bewirtschafteten Fläche verteilt. Das ist natürlich kein nachhaltiges Modell. Landwirtschaftliche Betriebe, die ökologisch nachhaltig produzieren, sollten ebenso eine große Unterstützung erhalten, besser noch einen Bonus, da sie gleichzeitig auch etwas für die Umwelt tun.
- (4) In den letzten Jahren wurden Landwirte immer wieder zu Sündenböcken für Entwicklungen gemacht, die durch den Markt verschuldet sind. Das ist eine sehr schlechte Entwicklung. Um das Höfesterben zu stoppen, braucht es im Groben zwei Dinge: zum einen Wertschätzung für landwirtschaftliche Berufe an sich, sodass junge Menschen dazu bereit sind z.B. den elterlichen Hof

zu übernehmen oder im Bereich Bio-Landwirtschaft einzusteigen. Zum anderen starke finanzielle Unterstützung. Hochverschuldete Betriebe müssen der Vergangenheit angehören.

Antwort LINKE Ellena Schumacher-Koelsch (WK 22):

Keine Antwort

Antwort ÖDP Ute Göggelmann (WK 21):

(1) Ich halte die "Bio-Musterregion Hohenlohe" für eine sehr willkommene Initiative.

(2) Meiner Meinung nach fehlt es an einer nationalen Bio-Strategie und einer neuen, politisch gewollten und geförderten "Umstellungswelle" von der konventionellen hin zur ökologischen Landwirtschaft. Diese hätte dann entsprechend positive Auswirkungen auch auf Baden-Württemberg und Hohenlohe. Für eine solche politische Entscheidung bedarf es freilich der Unabhängigkeit z.B. von der Agrar- und Chemielobby. Daher fordert die ÖDP unter anderem schon immer ein Verbot von Konzernspenden an Parteien und Politiker und nimmt auch selbst keine Firmenspenden an.

(3) Die Agrar-Subventionen sollten an ökologische, nachhaltige und tierfreundliche Maßnahmen gekoppelt sein.

(4) Ja, natürlich möchte ich, dass das Höfe-Sterben gestoppt wird. Auch das hat damit zu tun, dass endlich die Agrar-Subventionen nicht mehr überwiegend an die Fläche, sondern an ökologische Leistungen geknüpft werden.

Jedoch wird hier der Einfluss des baden-württembergischen Landtags eher gering sein, da diese Zahlungen von der EU und vom Bund geregelt werden.

Die Landwirte müssen ihr Auskommen haben und gleichzeitig Wasser, Luft und Böden geschützt werden! Dazu kommt, dass endlich für Lebensmittel die Preise bezahlt werden müssen, die sie wert sind.

Antwort ÖDP Peter Gansky (WK 22):

Keine Antwort

Antwort SPD Patrick Wegener (WK 21):

Die Bio-Musterregion-Hohenlohe ist ein gutes Beispiel dafür, dass wir vor Ort gemeinsam den Unterschied machen können - Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Jetzt muss das Projekt mit Leben gefüllt werden - Tag für Tag.

Dabei kommt auf den Landtagsabgeordneten die Rolle zu, dass er als Botschafter in und für die Region unterwegs ist - erfolgreich werden wir dabei nur, wenn wir über die Gemeindegrenzen denken und die Region in den Mittelpunkt stellen.

Wir brauchen einen echten Systemwechsel in der europäischen Agrarpolitik. Gute Lebensmittel müssen ohne Belastungen für Umwelt, Tiere und Menschen hergestellt werden. Für eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) fordern wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten daher den schrittweisen Ausstieg aus der flächenbezogenen Förderung, damit unsere kleinen Betriebe in der Fläche endlich davon profitieren. Wie in anderen Politikbereichen soll auch die Landwirtschaft

ausschließlich zielgenau mit öffentlichen Geldern für öffentliche Leistungen gefördert werden. Das heißt, dass Landwirtinnen und Landwirte für ihren Beitrag endlich entlohnt werden - dies sind wir ihnen als Gesellschaft schuldig. Die SPD-Fraktion im Europäischen Parlament hat deshalb den Vorschlag zur Reform der GAP in 2020 abgelehnt, die zu stark an der alten Förderlogik festhält.

Ich werde mich dafür einsetzen, dass die Landwirtinnen und Landwirte in unserer Region - in der Regel mit kleinen Betrieben - eine Zukunft haben: dabei gilt es den Rahmen der GAP dafür anzupassen, aber auch die Unterstützung des Landes zu intensivieren. Vor Ort sind regionale Bemühungen zur Direktvermarktung stärker zu fördern und die Digitalisierung dafür zu nutzen.

Antwort SPD Nikolaos Sakellariou (WK 22):

Keine Antwort